

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Die Niederlage der SPD bei der Europawahl darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokraten die stärkste Kraft im Europäischen Parlament bleiben, erläutert **Klaus Hänsch MdEP**.

Seite 1

Für eine europäische Forschungs- und Technologiepolitik aus einem Guß setzen sich **Josef Vosen MdB** und **Bodo Seifenthal MdB** ein.

Seite 2

Vor einer neuen Steuerflüge der Regierung Kohl warnt in Erinnerung an 1990 **Oskar Lafontaine**.

Seite 3

Dokumentation
Anlässlich des 55. Geburtstages von Anne Frank erinnert **Hans Eichel**, Ministerpräsident von Hessen, in einem Brief an den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Frankfurt und Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, an die unterschiedlichen Formen des Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur.

Seite 5

49. Jahrgang / 110

13. Juni 1994

Sozialdemokraten bleiben stärkste Kraft in Europa Kontinuierliche Arbeit für Europa tut not

Von Klaus Hänsch MdEP

An der Niederlage der SPD bei der Europawahl ist nichts zu beschönigen.

Die SPD hat nicht nur ihr Ziel, stärker als die Unionsparteien zu werden, nicht erreicht. Sie hat auch noch nicht einmal das Ergebnis der Bundestagswahl 1990 wiederholt. Wir haben neue Methoden der Aktivierung erprobt und Tausende von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich in diesem Wahlkampf engagiert. Dennoch läßt die niedrige Wahlbeteiligung darauf schließen, daß es unseren Kampagnen nicht gelungen ist, das sozialdemokratische Potential auszuschöpfen.

Am Tag meiner Nominierung als Spitzenkandidat habe ich darauf hingewiesen, daß die Europawahl keine Testwahl sein kann. Die Wählerinnen und Wähler haben offensichtlich die Europawahl als Europawahl ernst genommen. Das Wahlergebnis von Sonntag gibt Hinweise für eine rechtzeitige Schwachstellenanalyse. Im übrigen gilt für uns im Hinblick auf die Bundestagswahl im Oktober, was auch im Sport gilt: Den entscheidenden Sieg erringt, wer auf der Zielgeraden seine Kraftreserven voll mobilisieren kann.

Im Hinblick auf künftige Europawahlen wird es wichtig sein, daß die Partei kontinuierlicher am Thema Europa arbeitet und es noch konsequenter in ganzer Breite wahrnimmt. Die Politik der Europäischen Union wird nicht dadurch weniger wichtig als die Politik auf Bundesebene, indem man sie ignoriert.

Es bedeutet nicht, das Ergebnis schön zu reden, wenn ich auf folgende Fakten hinweise:

- o Die Sozialdemokraten werden höchstwahrscheinlich wieder die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament, es sei denn, die EVP-Fraktion nimmt die "Forza Italia" Berlusconi auf und macht sich damit zum europäischen Türöffner für den italienischen Neofaschismus.
- o Die Gruppe der SPD-Abgeordneten wird die zweitstärkste Gruppe innerhalb der SPE-Fraktion bleiben. Sie ist stärker geworden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53087 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



- o Die ausgewiesenen Maastricht- und EU-Gegner haben eine vernichtende Niederlage einstecken müssen. Die braunen Republikaner sind aus dem Europaparlament herausgeflogen. Den Brunner-Verein haben die Wählerinnen und Wähler noch nicht einmal im Ansatz ernst genommen.

In diesem Zusammenhang ist auch das Ergebnis der Volksabstimmung in Österreich zu würdigen: Es bestätigt, daß die Europäische Union attraktiv ist. Das österreichische Ja zur Europäischen Union wird den Ja-Kampagnen in Finnland, Schweden und Norwegen einen positiven Auftrieb geben.

(-/13. Juni 1994/hgs/ks)

Europa braucht Forschungs- und Technologiepolitik aus einem Guß
EU-Forschungspolitik muß sich der Sicherung gesellschaftlicher Zukunft stellen

**Von Josef Vosen MdB
Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
und Bodo Seidenthal MdB**

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die umfangreiche und rasche Arbeit der Europäischen Kommission, die jetzt 22 Vorschläge für Einzel-Forschungsprogramme (spezifische Programme) zur Ausfüllung des 4. Europäischen Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung 1994 bis 1998 vorgelegt hat. Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert, daran mitzuwirken, daß diese Programme im Forschungsministerrat schnell beschlossen werden, damit die Arbeit endlich beginnen kann, nachdem nun schon ein halbes Jahr ohne geltende spezifische Programme verloren ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert einige wichtige Änderungen und Ergänzungen bei den drei Programmen, die am 27. Juni 1994 im Forschungsministerrat anstehen. In einem Antrag, den die SPD-Bundestagsfraktion am nächsten Mittwoch im Forschungsausschuß stellen wird, verlangen wir:

- o In den Programmen sind die Personal- und Verwaltungskosten auf vier Prozent zu begrenzen (in den Entwürfen betragen sie 10,3 Prozent für Kommunikationstechnologien und -dienste, 5,1 Prozent für industrielle Werkstofftechnologien und 5,4 Prozent beziehungsweise fünf Prozent für FuE beziehungsweise Demonstration bei der nichtnuklearen Energieforschung). Die eingesparten Mittel sind auf die Sachausgaben umzuschichten.
- o In den Programmen sind für kleine und mittlere Unternehmen feste Anteile von 20 Prozent vorzusehen. Das bedeutet, daß dieser Anteil bei industriellen Werkstofftechnologien zu erhöhen und bei den Kommunikationstechnologien und der nichtnuklearen Energieforschung neu einzuführen ist.
- o Im Programm fortgeschrittene Kommunikationstechnologien und -dienste sind die für Photonik und Hochgeschwindigkeitsnetze vorgesehenen Mittel auch zu Lasten der interaktiven digitalen Multimediadienste zu verstärken. Dies bezweckt eine noch stärkere Gewichtung der reinen Forschungsanteile.
- o Im Programm industrielle und Werkstofftechnologien sind die Mittel für den Bereich Verkehrstechnologien insgesamt auf circa 20 Prozent abzusenken und die Mittel für den Bereich Forschung und Produktionstechnologie und Produktionsinnovation auf circa 45

Prozent zu erhöhen. Im Bereich Verkehrstechnologie ist hierbei die Luftfahrt gänzlich auszusparen. Die Behandlung dieses für Europa ungernein wichtigen Industriesektors in diesem Zusammenhang wird den Herausforderungen, vor denen die europäische Luftfahrtindustrie steht, nicht gerecht. Hierfür ist angesichts der bei den GATT-Verhandlungen erzielten Vereinbarungen über diesen Bereich unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gegebenenfalls ein vollständiges eigenes Programm aufzulegen.

- o Im Programm nichtnukleare Energieforschung ist die Aufteilung der Mittel zwischen den Bereichen FuE und Demonstration von bisher 50/50 in ein Verhältnis von 20/80 zu verändern. Bei den nichtnuklearen Energietechnologien fehlt es gerade an ausreichenden Demonstrationsvorhaben. Die Demonstrationsvorhaben sind etwa im Verhältnis 70/30 für Einsparungen und Photovoltaik anzusetzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion bekräftigt die vom Deutschen Gewerkschaftsbund erhobene Forderung, "daß sich auch die Forschungs- und Technologiepolitik der EU dringenden Fragen der Sicherung gesellschaftlicher Zukunft stellen muß". Dies heißt Einschluß ökologischer und sozialer Ziele neben dem Ziel Wettbewerbsfähigkeit. Dies heißt Technikfolgenbewertung als Bestandteil der Förderung. Dies heißt verbesserte Information und auch verbesserte Mitwirkung der Gewerkschaften in Brüssel.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände in ihrem Memorandum zur Europa-Politik im Hinblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1994, spürbare Impulse für eine europäische Forschungs- und Technologiepolitik aus einem Guß zu geben, die die nationalen Maßnahmen sinnvoll zu koordinieren vermögen, bessere Abstimmung zwischen EUREKA-Projekten und FuE-Maßnahmen der Gemeinschaft zu schaffen, um mögliche Doppelarbeiten zu vermeiden und die Vermeidung des Verdrängungswettbewerbs zwischen den Fördermaßnahmen der Gemeinschaft und den nationalen Maßnahmen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips durchzusetzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet einen Bericht der Bundesregierung über die Ratstagung in der übernächsten Sitzung des Forschungsausschusses am 29. Juni 1994.

(/13. Juni 1994/hgs/ks)

Warnung an den Kanzler
Bundesregierung plant neue Steuerlüge

Von Oskar Lafontaine

Stellvertretender Vorsitzender und wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD
Ministerpräsident des Saarlandes

1. Nach den gestern im Finanzplanungsrat vorgelegten Finanzzahlen muß davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung für den Fall ihres Wahlsieges für das Jahr 1996 kräftige Steuererhöhungen vorbereitet.

Anders ist es nicht zu erklären, daß die Bundesregierung 1996 eine Senkung der staatlichen Neuverschuldung um 32 Milliarden DM plant, obwohl zu diesem Zeitpunkt ein zusätzlicher Finanzbedarf von bis zu 70 Milliarden DM absehbar ist:

- Allein die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Steuerfreistellung des Existenzminimums kostet bis zu 40 Milliarden DM im Jahr (Interview von Bundesfinanzminister Waigel

mit der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 14. Mai 1994, abgedruckt in den BMF-Finanznachrichten vom 20. Mai 1994).

- Hinzu kommen die von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht für 1996 angekündigten Unternehmenssteuerentlastungen. Dabei würde die von der Regierungskoalition angestrebte Rückführung der Gewerbesteuer zu Steuerausfällen von bis zu 29,5 Milliarden DM im Jahr führen. Der FDP-Parteitag in Rostock hat die Forderung der Regierungskoalition nach einer "Abschaffung der Gewerbesteuer" bekräftigt.

Diese beiden Vorhaben würden zu neuen Finanzlücken von insgesamt bis zu 70 Milliarden DM führen. Dabei ist noch nicht einmal das Loch bei der Finanzierung der Bahnreform von zehn Milliarden DM berücksichtigt.

Trotz dieser erheblichen Fehlbeträge von insgesamt bis zu 70 Milliarden DM (ohne Deckungslücke aus der Bahnreform) erklärt die Bundesregierung in ihren Finanzzahlen, daß die staatliche Neuverschuldung von 130 Milliarden DM in 1995 auf 98 Milliarden DM in 1996 zurückgeht:

	Finanzierungssaldo (in Milliarden DM)					
	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Öffentlicher Gesamthaushalt	-138	-146 1/2	-130	-98	-57 1/2	-24

2. Die in den neuen Finanzzahlen trotz des Finanzbedarfs von bis zu 70 Milliarden DM für 1996 ausgewiesene Rückführung der Neuverschuldung kann nur bedeuten, daß die Bundesregierung für den Fall ihres Wahlsieges Steuererhöhungen bereits fest eingeplant hat. Diese Steuererhöhungen hat sie bisher aber nicht offen ausgewiesen.

In diesem Zusammenhang hat die Regierungskoalition selbst wiederholt die Mehrwertsteuer ins Spiel gebracht. So zum Beispiel der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, in einem Interview mit der Wirtschaftswoche am 22. April 1994. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Joachim Grünewald, hat in einem dpa-Gespräch am 20. April 1994 - ebenso wie der FDP-Parteitag - zum Ausgleich für die angestrebte Rückführung der Gewerbesteuer eine Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer angekündigt. Da das gegenwärtige Mehrwertsteueraufkommen aber bereits anderweitig voll verplant ist, wäre diese Absicht nur über eine kräftige Erhöhung der Mehrwertsteuer zu verwirklichen.

Angesichts der für 1996 absehbaren gewaltigen Deckungslücke muß befürchtet werden, daß die Bundesregierung eine Mehrwertsteuererhöhung auf mindestens 17 Prozent plant. Eine Mehrwertsteuererhöhung um Zwei-Prozent-Punkte würde Mehreinnahmen von 30 Milliarden DM im Jahr erbringen.

Auch eine derartige Mehrwertsteuererhöhung würde aber nur knapp die Hälfte des für 1996 absehbaren Finanzbedarfs von bis zu 70 Milliarden DM decken: Eine Mehrwertsteuererhöhung um Zwei-Prozent-Punkte reicht gerade aus, um die von der Regierungskoalition angestrebte Gewerbesteuerrückführung zu finanzieren. Dann bliebe immer noch offen, wie die Bundesregierung die vom Bundesverfassungsgericht für 1996 geforderte Steuerfreistellung des Existenzminimums finanzieren will.

3. Ich warne Bundeskanzler Kohl vor einer Wiederholung der Steuerlüge von 1990: Vor der letzten Bundestagswahl wurden die Hinweise der SPD auf drohende Steuererhöhungen von der Bundesregierung dementiert. Nach der Wahl hat die Bundesregierung dann Steuer- und Abgabenerhöhungen von jährlich 116 Milliarden DM beschlossen.

Nach den Erfahrungen mit der Steuerlüge 1990 reichen jetzt keine lauen Dementis mehr: Die Bundesregierung muß vor den Wahlen glaubwürdig darlegen, wie sie den 1996 anstehenden

Finanzbedarf von bis zu 70 Milliarden DM decken will. Wenn sie Steuererhöhungen abstreitet, muß sie sagen, daß es 1996 entgegen ihrer Finanzplanung zu einem sprunghaften Anstieg der Neuverschuldung kommen wird.

Die Finanzplanung der Bundesregierung ist schon jetzt Makulatur. Sie stimmt hinten und vorne nicht: Entweder Steuererhöhungen oder höhere Schulden - die Bundesregierung muß offenlegen, auf welcher Seite ihrer Finanzplanung sie die Unwahrheit sagt.

Nach der Vorlage der neuen Finanzplanung steht das finanzpolitische Lügengebäude der Bundesregierung unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Der Offenbarungseid der Regierung Kohl/Waigel/Kinkel ist fällig. Der Bundeskanzler muß endlich die volle Wahrheit über seine Steuererhöhungspläne sagen. Die Steuerlüge von 1990 darf sich nicht wiederholen.

(-/13. Juni 1994/hgs/ks)

DOKUMENTATION

Erinnerung an die unterschiedlichen Formen des Widerstandes **Brief an den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden Ignatz Buble**

Von Hans Eichel
Hessischer Ministerpräsident

Am 12. Juni 1929 wurde Anna Frank in Frankfurt geboren. Sie wäre also jetzt 65 Jahre alt geworden, wenn ihr und Millionen anderen Jüdinnen und Juden in Europa der deutsche Staat in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur nicht zuerst das Recht auf eine gleichberechtigte und freie gesellschaftliche Existenz und dann das Recht auf Leben abgesprochen hätte. Anne Franks Tagebuch verdanken wir es, daß das millionenfache Leiden der Verfolgten ein Gesicht bekommen hat. Ich freue mich, daß Frankfurter Jugendliche den Geburtstag in diesem Jahr besonders würdigen, und danke den Jugendlichen für ihr Engagement.

Die deutsche Jüdin Anne Frank hat dasselbe Schicksal erlitten wie eineinhalb Millionen andere jüdische Kinder. Aber in Anne Franks Schicksal gibt es auch ein Element der Hoffnung, auf das ich heute mit Blick auf die Würdigung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus anlässlich des 20. Juli besonders hinweisen möchte. Die Familie Frank hat über Jahre hinweg in Holland Schutz vor der Verfolgung gefunden. Menschen, die sich durch besondere Zivilcourage und große Opferbereitschaft ausgezeichnet haben, haben die Familie Frank lange retten können. Diese Tat zeigt, was auch während jener grausamen Diktatur möglich war. Sie war ein Akt des Widerstands und der Menschlichkeit, den wir immer im Gedächtnis behalten werden.

Wer den Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland würdigen will, muß jedoch zuerst die Frage stellen, wie es überhaupt dazu kommen konnte, daß Bürgerinnen und Bürger nur noch um den Preis ihres eigenen Lebens für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit eintreten konnten. Am 20. Juli stellt sich diese Frage besonders drängend, denn dieses Datum steht nicht nur am Ende, sondern vor allem auch am Anfang der Geschichte der Diktatur. Am 20. Juli 1932 versetzten antidemokratische Konservative - nicht die Nationalsozialisten,

denen erst am 30. Januar 1933 die Macht in Deutschland übertragen wurde - der Demokratie einen entscheidenden Schlag. Indem sie an diesem Tag in einem Staatsstreich die preußische Landesregierung beseitigten, bahnten sie der Diktatur den Weg und gingen mit den Nationalsozialisten ein Bündnis ein. Dieses Bündnis der deutschen Konservativen mit den Nationalsozialisten hielt bis zu seinem Bruch an einem anderen 20. Juli, nämlich dem mißglückten Hitler-Attentat am 20. Juli 1944.

Der 20. Juli ist deshalb ein doppelter Gedenktag. Es ist nicht nur der Tag, an dem wir den Widerstand gegen die Diktatur würdigen, sondern es ist auch der Tag, an dem wir an die Zerstörung der Demokratie erinnern müssen. Die nationalsozialistische Diktatur konnte nur deshalb die Oberhand gewinnen, weil die Republik zu wenig Demokraten hatte und weil sich viele von der Demokratie abwandten. Ein Opfer dieser Abkehr von der Demokratie wurde am 20. Juli 1932 die preußische Landesregierung, die mit Abstand wichtigste Landesregierung in der Weimarer Republik und die zu diesem Zeitpunkt stärkste Verfechterin der Demokratie in Deutschland.

Große Teile des heutigen Landes Hessen gehörten damals zu Preußen. Die preußische Landesregierung unternahm in jenen Jahren alles, um der Weimarer Verfassung Geltung zu verschaffen und den Extremisten von rechts und links Widerstand zu leisten. Anfang 1932 war sie mit ihrer Polizei die einzige Kraft in Deutschland, die noch bereit und fähig war, den Terror und das Morden der Nationalsozialisten zu bekämpfen. Doch am 20. Juli 1932 beseitigten Reichskanzler Franz von Papen und Reichspräsident Paul von Hindenburg in einem Staatsstreich die preußische Landesregierung. Das Kabinett von Ministerpräsident Otto Braun wurde für abgesetzt erklärt, von Papen zum Reichskommissar für Preußen ernannt. Die Reichswehr sicherte den Putsch militärisch ab. Damit war die letzte Säule der Weimarer Demokratie gefallen. Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 war die entscheidende Schwächung der Demokratie, damit die wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Nationalsozialisten. Das Bündnis von konservativen Antidemokraten und Nationalsozialisten, das mit dem Staatsstreich in Preußen seinen Anfang nahm, hielt 12 Jahre lang. Es zerbrach endgültig an einem anderen 20. Juli, nämlich 1944 mit dem mißlungenen Attentat auf Adolf Hitler.

Nachdem die Diktatur vorbereitet und wenige Monate später etabliert war, gehörte großer persönlicher Mut dazu, für die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Mitmenschlichkeit Partei zu ergreifen. Viele Deutsche und viele Menschen in den von Deutschland besetzten europäischen Ländern haben dennoch für diese Werte ihr Leben eingesetzt. Sie alle verdienen unseren uneingeschränkten Respekt, unabhängig von ihrer politischen Position. Längst nicht alle Widerstandskämpfer haben ihren Beitrag ebenso geleistet wie die konservativen Attentäter des 20. Juli 1944, von denen viele erst zum Widerstand fanden, nachdem sie der Diktatur über Jahre gedient hatten. Alle waren sich einig im Abscheu gegen die nationalsozialistische Barbarei, den Massenmord und den imperialistischen Krieg. Zu ehren sind sie alle für ihren Mut, fortwirkende Tradition aber haben die Demokraten unter ihnen begründet.

Auch die Hilfen, die Verfolgte wie die Frankfurter Familie Frank erhalten haben, sind Akte des Widerstands. Diese selbstlosen Taten beschämen alle die, die sich mit der Diktatur arrangiert hatten, denn sie machen deutlich, daß es immer eine Möglichkeit gibt, für die Mitmenschlichkeit und die Gerechtigkeit einzutreten. Deshalb haben auch diese Taten ihren Platz in der Geschichte des Widerstands, die wir am 20. Juli eines jeden Jahres besonders würdigen.

(-/13. Juni 1994/hgs/ks)
